

Juli / August 2007

No. 7 – 8/ 2007

Die Prohibitionspolitik ist gescheitert: Der Drogenkrieg fordert viele Opfer und schafft gefährliche Gewinner

Von Bruno Rüttsche

1998 verkündete der Generaldirektor des UN-Drogenkontrollprogrammes UNDCP Pino Arlachi grossspurig eine „drogenfreie Welt“. Heute, fast zehn Jahre später, sind trotz Drogenkrieg und Prohibitionspolitik Drogen billiger, reiner und flächendeckender verfügbar denn je. Die Prohibitionspolitik und der Drogenkrieg sind gescheitert. Doch sie hinterlassen ein lange Spur von Opfern an den schwächsten Endgliedern der Drogenhandelskette: den Kleinbauern und den abhängigen DrogenkonsumentInnen. Aber es sind auch klare Gewinner auszumachen: Mafia, bewaffnete Akteure – auch „legale“ wie Armeen und Sicherheitsdienste – und der Finanzsektor. Denn nirgends lassen sich derartige Gewinne realisieren wie mit dem illegalisierten Drogenhandel. Und die Profitrate lässt sich bekanntlich nicht erschliessen. Ein Umdenken scheint wider besseren Wissens nicht in Sicht...

Die Fakten

Die illegalisierte Drogenproduktion, der Drogenhandel und –konsum untergraben die Sicherheit von Staaten und Menschen und wirken sich negativ auf Wirtschaft und Umwelt aus.¹ Die Prohibitionspolitik ist gescheitert und selber zum Problem geworden. Ein Umdenken in der Drogenpolitik ist dringend angezeigt. Geht man davon aus, dass der illegale Drogenhandel einen Jahresumsatz von rund 500 Mrd. US\$ erzielt und jährlich für Bestechungsgelder – sprich Korruption – 400 Mrd. US\$ ausgegeben werden, dann wird die Tragweite der Problematik klar.

Prohibitionspolitik und Drogenkrieg haben nicht nur ihre Ziele nicht erreicht, sondern sind mitverantwortlich für die Erstarkung illegaler bewaffneter Akteure (z.B. in Kolumbien und Afghanistan) und die Unterwanderung und Aushöhlung von rechtsstaatlichen Strukturen. Sie haben weder das Angebot an Drogen, deren Verfügbarkeit noch eine markante Preiserhöhung bewirken können. Das Gegenteil ist der Fall. So ist der Preis für Kokain im Strassenverkauf in den USA in den letzten vier Jahren um 36% gesunken, wobei gleichzeitig der Reinheitsgrad gestiegen ist. Und in Zürich ist Kokain heute rund 8mal billiger erhältlich, als vor 15 Jahren. Auch die Anbaufläche von Kokapflanzen beträgt trotz der Besprühung von über 1 Mio. Hektar Kokapflanzungen in Kolumbien, dem Programm „Null Koka“ in Bolivien und der Bekämpfung in Peru praktisch unverändert insgesamt 200'000 Hektaren. Dabei sind die Hektarerträge durch Verbesserung der Sorten erheblich gestiegen.

¹ Siehe dazu auch Analysen zur Sicherheitspolitik des Center for Security Studies CSS der ETH Zürich, Nr. 13, Mai 2007

In Kolumbien ist trotz der intensiven militärischen, chemischen und manuellen Bekämpfung des Kokaanbaus die Anbaufläche nach einer leichten Reduktion in den Jahren 2002 und 2003 wieder gestiegen und liegt heute bei 156'000 Hektaren. Damit liegt sie höher als zu Beginn des Plan Colombia im Jahr 2000! Wurde im Jahr 1999 in 12 Departements in Kolumbien Koka angebaut, so gibt es heute in 23 von 32 Departements Kokaanbau.

Jährlich werden schätzungsweise 1000 Tonnen reines Kokain produziert. Der weltweite Kokainkonsum wird auf 540 Tonnen geschätzt, wovon allein auf die USA ca. 260 Tonnen entfallen. Die Zahl der chronischen KokainkonsumtInnen wird auf 40 Mio. in den USA und auf 10 Mio. in Europa geschätzt. Der Preiszerfall im Strassenverkauf sowohl in den USA wie auch in Europa zeigt mit aller Deutlichkeit, dass es keine Angebotsverknappung gibt. Das Gegenteil ist der Fall: Kokain ist so leicht, so billig und so rein verfügbar wie noch nie.

Die Folgen des Drogenhandels in Kolumbien

In diesem Teil möchten wir einen kurzen Überblick über die Auswirkungen der illegalisierten Drogenökonomie und des damit verbundenen Drogenkrieges auf Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und den internen bewaffneten Konflikt in Kolumbien geben.

Schätzungsweise 1,5 – 7 Mrd. US\$ beträgt der Umsatz der Drogenökonomie jährlich in Kolumbien. Die meisten Schätzungen gehen von rund 3 Mrd. US\$ aus. Das Vermögen der Drogenbourgeoisie soll bereits anfangs der 90er Jahre mehr als 30% des gesamten kolumbianischen Reichtums inner- und ausserhalb Kolumbiens ausgemacht haben.

➤ **Drogengelder: Von ökonomischer zu militärischer und politischer Macht**

Die ökonomische Macht der Drogenhändler führt zu Einfluss auf Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und die Kriegsfinanzierung. Weite Teile von Politik, Justiz und Militär sind in den Drogenhandel verstrickt. Zudem hat der Staat und die politische Elite bei ihrem Aufstandsbekämpfungsmodell auf paramilitärische Strukturen gesetzt, die von Beginn weg eng mit dem Drogenhandel verflochten waren. Aus der militärischen Macht der Paramilitärs – welche den „schmutzigen Krieg“ gegen Basisorganisationen, oppositionelle PolitikerInnen und Gewerkschaften führten und führen – erwuchs eine politische Kraft, woraus eine umfassende politische, soziale und wirtschaftliche Strategie eines autoritären, antidemokratischen Staatsmodells entstanden ist. Mit Präsident Uribe, seinem kommunitaristischen Staat und dem Entwicklungsmodell, das auf rücksichtslose Ausbeutung der Bodenschätze, Agroindustrie (u.a. Ölpalme) und Megaprojekte setzt, ist dieses Modell heute politisch an der Macht.

Unterhöhnung von Rechtsstaat und Demokratie

De facto hat die Zusammenarbeit paramilitärischer Gruppen und aufstrebender regionaler Eliten zur Machtübernahme über ganze Regionen geführt, insbesondere geostrategisch und wirtschaftlich bedeutenden Gebieten. Damit erfolgte eine umfassende Unterwanderung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen durch die Verbindung illegaler (Paramilitärs) und legaler (Politiker) Akteure. Was wir heute in Kolumbien mit der Enthüllung der Para-Politik² erleben, zeigt auf, dass die Legalität und die Legislative im Dienste der Illegalität standen. Wenn Mancuso im Jahr 2002 öffentlich sagte, dass die Paramilitärs einen Drittel der Kongressabgeordneten auf ihrer Seite hätten, dann heisst dies, dass es eine Verbindung zwischen Illegalität³ und dem Parlament als gesetzgebende Instanz gab. Oder anders ge-

² Siehe auch Monatsbericht April 2007, <http://www.askonline.ch/monatsberichte/mb.04.07.pdf>

³ Wenn wir hier von Illegalität sprechen, so geht es um paramilitärische Organisationen, die für systematische, massive und abscheuliche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

sagt: Im Kongress wurde zugunsten der Illegalität „Recht“ gesprochen. Wichtige und mächtige Institutionen des Staates standen im Dienste der Illegalität.⁴

➤ **Die Rechtsprechung im Dienste des Unrechts**

Wo bleibt die Legitimität des Staates, wenn höchste staatliche Institutionen von der Illegalität – die sich u.a. wesentlich von Drogengeldern nährt – unterwandert und besetzt sind? Wo bleibt die Rechtmässigkeit – die Justiz – wenn die Gesetzgebung (Legislative) die durch die Illegalität geschaffenen Fakten legalisiert?

Zwei Beispiele: Die Schwarzengemeinschaften der Flussläufe Jiguamiandó und Curvaradó wurden gewaltsam in einer koordinierten Aktion von Paramilitärs und Armee von ihrem kollektiven Land vertrieben. Als sie Jahre später zurückkehrten, fanden sie ihr Land abgeholzt und mit Ölpalmsplantagen bepflanzt vor. Nachdem eine staatliche Stelle diesen Landraub für illegal erklärt hatte, wurde deren Direktor abgelöst und das Verdikt zugunsten der illegalen Landnehmer geändert. Der Rechtsstreit zwischen den Schwarzengemeinschaften und den Ölpalmkonzernen – die von bekannten Paramilitärs und mit Drogengeldern betrieben werden – ist nach wie vor offen. Die Regierung Uribe hat jedoch öffentlich klar gemacht, dass sie diese Ölpalmsplantagen als Projekte für Frieden, Entwicklung und Ökologie betrachtet und sie bedingungslos stützt. Auf den Plantagen sollen demobilisierte Paramilitärs zusammen mit der ursprünglichen Bevölkerung – also Täter neben Opfer – arbeiten und die Ölfrüchte sollen zu Agrodiesel verarbeitet werden.

Zweitens: Im Kongress ist ein Landreformgesetz hängig, das während fünf Jahren nicht bewirtschaftetes Land zur Enteignung freigibt. Was auf den ersten Blick fortschrittlich aussieht, entpuppt sich auf den zweiten Blick als Legalisierung des gewaltigen Landraubs. Je nach Schätzungen sind in Kolumbien von der Hydra Drogenmafia, Paramilitärs, Grossgrundbesitzer und lokalen Politfürsten zwischen 3 – 6,8 Mio. Hektar bestes Land gewaltsam angeeignet worden. (Zum Vergleich: Die Gesamtfläche der Schweiz beträgt gut 4,1 Mio. Hektaren!) Seit 1985 wurden dadurch mindestens 3,8 Mio. Menschen zu internen Flüchtlingen. Über 75% der Vertriebenen waren kleine und mittlere Bauern und besaßen Land. Statt den Vertriebenen Rückkehr in Sicherheit zu garantieren und Wiedergutmachung zu leisten, schickt sich die Legislative an, diesen gigantischen Landraub zu legalisieren und den Tätern die Landtitel zu überschreiben. Unrecht und Gewalt wird legitimiert und zu Recht gemacht.

➤ **Drogengelder zersetzen die gesellschaftlichen Strukturen**

Die Gelder aus dem Drogenhandel durchdringen sämtliche gesellschaftliche Strukturen: über Sportvereine – Interpol sucht zur Zeit den ehemaligen Fussballstar Freddy Rincón – Parteien, Unternehmen, die Kirche bis hinunter in die verarmten Familien. Bei einer offiziellen Arbeitslosigkeit um die 13% und in einem Land, in dem rund 60% der arbeitsfähigen Bevölkerung sich in der informellen Wirtschaft ein Überleben suchen müssen, ist die Verlockung durch das „schnelle Geld“ der Drogen gross. Insbesondere für Jugendliche aus Armenvierteln der Städte oder von verarmten Bauernfamilien auf dem Land ist die Versuchung gross, sich durch „eine Reise“, d.h. den Transport von Kokapaste oder Kokain, oder als Kokapflücker Geld zu verdienen. Mit dem Transport von Kokain kann man in wenig Zeit für kolumbianische Verhältnisse viel Geld gewinnen. Mit dieser „Kultur des schnellen und leichten Geldes“ tauchen die immer gleichen Begleiterscheinungen auf: Prostitution, exzessiver Alkoholkonsum und Gewalt, überdimensionierte TV-Geräte und Musikanlagen, potente Motorräder und Geländefahrzeuge (auch dort, wo man sie kaum brauchen kann). Familien und Gemeinschaften werden durch diesen Einbruch der Drogenwirtschaft auseinander gerissen, polari-

⁴ Dazu zwei Beispiele: Generalstaatsanwalt Luis Camilo Osorio, der als oberster Strafverfolger den Kampf gegen die Illegalität führen sollte, stand genauso im Dienst der Paramilitärs wie der Direktor des direkt dem Präsidenten unterstellten Sicherheitsdienstes DAS, Jorge Noguera. Die Liste liesse sich über Militärs, Politiker, Justizbeamte, Polizeikommandanten aber auch multinationale Konzerne – genannt seien hier der Bananenkonzern Chiquita, der Bergbaukonzern Drummond und Coca Cola – fortsetzen.

siert und es kommt zu Wertekonflikten. Ganze Gemeinschaften sind dem Treiben dieser durch Drogengelder reich gewordenen Habenichtse oft völlig wehrlos ausgeliefert.

➤ **Drogengelder zerstören lokale und regionale Ökonomien**

Drogengelder sind keine Entwicklungsalternative. Im Gegenteil, wo Drogenanbau, -produktion und -handel und damit Drogengelder auftauchen, wird jegliche lokale und regionale Wirtschaft nachhaltig zerstört. Das Preisgefüge kommt durcheinander und die Produkte verteuern sich oft um ein Vielfaches. Durch den ausfallenden Anbau und die Verknappung von Nahrungsmitteln steigen deren Preise. So wird das Leben rasch teurer als in den Städten. So ist in Bogota 1 kg Rohzucker (Panela) rund 5x billiger als im Putumayo, ein Kilo Rote Bohnen kostet in Bogota etwa die Hälfte wie im Putumayo und das halbe Kilo Kakaopulver erhält man in der Hauptstadt mehr als 6x billiger als im Putumayo, wo Kakao wachsen würde.

Von der Koka zum Kokain

- 3-6 Ernten/Jahr
- Erste Ernte 10 Monate nach Aussaat
- Produktionsdauer rund 20 Jahre
- 1 Hektare ergibt etwa eine 4,7 kg – 7,7 kg Kokain/Jahr
- 250 – 550 kg Blätter (je nach Qualität) für 3 kg Pasta básica
- 3 kg Pasta básica ergeben 1 kg Kokain (Reinheitsgrad 95%-99%)

Der Einfluss der Drogengelder auf die Ökonomie hört hier nicht auf. Drogengelder müssen angelegt – „gewaschen“ – und in den legalen Wirtschaftskreislauf gebracht werden. Diesem Ziel kann selbst die Wirtschaftlichkeit geopfert werden. Zur Legalisierung der Drogengelder wird vorwiegend in Risiko-Unternehmen, Einkaufszentren, Luxushotels und -restaurants, Luxusimmobilien und Ladenketten investiert. Der Import von Luxuskonsumgütern stieg nach 2004 – als mit den Paramilitärs ein Demobilisierungs-Abkommen vereinbart wurde – sprunghaft an. Schätzungsweise 10 Mrd. US\$ Drogengelder und Kapital von Paramilitärs sind seither nach Kolumbien zurück geflossen. Dazu kommen noch 3,75 Mrd. US\$ an legalen Überweisungen von im Ausland lebenden KolumbianerInnen an ihre Familien. Dies führte einerseits zu einer Börsenhausse. Die Börse von Bogota schrieb schwindelerregende Zuwachsraten, was unter den Bankern eine eigentliche Goldgräberstimmung auslöste. Eine andere Folge war die stete Aufwertung des Peso. Pesos wurden durch die Dollarschwemme zu einem begehrten Gut und stiegen damit im Preis.⁵ Dies verbilligt zwar die Importe – wovon wiederum vorab die Reichen mit ihrem Luxuskonsum profitieren – verteuert aber die Exporte.⁶ Die Billigimporte zerstören aber auch die kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion, die handwerklichen Kleinbetriebe (Textilbranche, Schuhmachereien, etc.). Auch hier bewirken die in den legalen Wirtschaftskreislauf eingebrachten Drogengelder eine Verzerrung der wirtschaftlichen Kräfte und eine Wirtschaftsentwicklung, die zu grösserer Abhängigkeit und weiterer Polarisierung zwischen Arm und Reich führt.

➤ **Drogengelder fördern die Landkonzentration und eine nicht-nachhaltige Agroindustrie**

Drogengelder werden u.a. für den Aufkauf von Land und den Aufbau von Agroindustrial-komplexen eingesetzt. Damit können Drogengelder gewaschen, d.h. in den legalen Geldkreislauf eingebracht werden. Die aufstrebenden und von der offiziellen Politik geförderten Ölpalmsplantagen und Ölsaattverarbeitungsbetriebe sind zu wesentlichen Anteilen mit Drogengeldern finanziert. Mit Drogengeldern finanzierte paramilitärische Verbände haben mehrere Millionen Hektar bestes Land in ihren Besitz gebracht, dies auf Kosten der Vertreibung und Verelendung der ursprünglichen Landbevölkerung. Die wenigen neu geschaffenen prekären Arbeitsplätze stehen dazu in keinem Verhältnis. Die Zahlen der Landkonzentration

⁵ Wohl in keinem anderen Land der Welt bekommt man über den legalen Wechselkurs bei Banken mehr Pesos für einen Dollar als auf dem Schwarzmarkt auf der Strasse. In Kolumbien ist dies der Fall.

⁶ Dies spüren u.a. die Blumenexporteure und einige gingen bereits Konkurs.

sprechen eine deutliche Sprache: Während 0,04% oder rund 15'000 Personen 61% oder 47 Mio. Hektar Land besitzen, verfügen 55,6% der Landbesitzer über 1,7% oder 1,3 Mio. Hektar Land. Dass sich die Reichtumskonzentration in Kolumbien in den letzten Jahren verschärft hat, zeigt auch der Gini-Koeffizient: im Jahr 1983 betrug er 0,47, im Jahr 2006 war sein Wert 0,58.⁷

Wertschöpfung bei 1 kg Kokain

- 1 kg Kokablätter: 0,4 – 1,8 US\$
- Kokabauer: (500 kg bei 1,2 US\$) 600 US\$
- 3 kg Pasta básica (3kg à 900 US\$) 2'700 US\$
- 1 kg Kokain (Exportpreis Kolumbien) 5'400 US\$
- 1 kg Kokain (Importpreis USA) 12 - 38'000 US\$
- 1 kg Kokain (Importpreis Europa) 28 - 56'600 US\$
- Strassenhandel USA (1kg gestreckt) 250'000US\$
- (Preis in Zürich: ca. Fr. 100.-; NZZ 1./2. April 06; 8x billiger als vor 15 Jahren)

Anteile an der Wertschöpfungskette für 1 kg Kokain

	Faktor	Prozentanteil
Kokabauer (Blätter)	1	(0,24%)
Pasta Básica	4,5	(1,08%)
Kokain (Kolumbien)	9	(2,16%)
Import USA	20-63,3	(4,8%)
Import Europa	46,6 - 94,3	(11,2%)
Strassenhandel USA	416,6	(100%)

➤ **Drogengelder finanzieren alle Akteure des Krieges in Kolumbien**

Halten wir ganz klar fest: Der Drogenhandel ist **nicht** die Ursache des internen bewaffneten Konfliktes in Kolumbien. Aber die mit Drogenhandel erzielten Gelder finanzieren zu einem bedeutenden Teil den Krieg in Kolumbien. Die Drogengelder sind Treibstoff in diesem Konflikt, und zwar für alle Kriegsparteien, Paramilitärs und Armee genauso wie für die Guerilla.

Die Paramilitärs finanzieren sich nach eigenen Angaben mit rund 70% aus Drogengeldern. Die Paramilitärs haben nicht nur die Kontrolle über ganze Anbauggebiete übernommen, sondern kontrollieren vor allem die Drogenhandelsrouten in die USA. Die Verbindung Paramilitarismus – Drogenhandel ist sehr eng und oft kaum unterscheidbar.⁸ Diese Verstrickung fand auch im rechtlichen Rahmengesetz der Demobilisierung ihren Niederschlag: Die Paramilitärs beharrten darauf, dass ihre Verbrechen als politisch motiviert taxiert werden, um so der Auslieferung an die USA zu entgehen.

Die Guerilla – insbesondere die FARC-EP – finanziert sich wesentlich über die Besteuerung aller Teile der Drogenproduktionskette. Für die FARC decken die Einkünfte rund um die Drogenproduktion, -verarbeitung und den Drogenhandel einen bedeutenden Teil ihres Finanzbedarfs. Schätzungen beziffern die Einkünfte der FARC aus der Drogenwirtschaft auf rund 30 Mrd. Pesos pro Jahr. Das Gesamtkosten der FARC werden von der gleichen Quelle auf jährlich 43 Mrd. Pesos geschätzt.

Die Armee und die staatlichen Sicherheitsdienste wurden im Rahmen des Plan Colombia und des Krieges gegen „Drogen und Terrorismus“ von den USA seit dem Jahr 2000 mit rund 5,4 Mrd. US\$ unterstützt. Täglich fließen rund 2 Mio. US\$ in die Kriegskasse der kolumbianischen Armee. Zudem hat die USA erreicht, dass das Drogenproblem militarisiert wurde. Seit 1996 sind die lateinamerikanischen Armeen –nicht mehr die Polizei – für die Drogenbe-

⁷ Der Gini-Koeffizient ist ein Mass für die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen innerhalb einer Bevölkerung. Der Wert 0 steht für soziale Gleichheit, der Wert 1 für maximale soziale Ungleichheit. 10% der Reichsten verfügen in Kolumbien über 39,7% des nationalen Einkommens, während die 10% der Ärmsten 1,4% unter sich aufteilen.

⁸ So verlangen die USA die Auslieferung mehrerer paramilitärischer Chefs, welche in Ralito mit der kolumbianischen Regierung ihre Demobilisierung ausgehandelt haben.

kämpfung zuständig. Durch die Gelder des Plan Colombia wurden die kolumbianischen Streitkräfte massiv aufgerüstet und die Zahl der professionellen Soldaten vervielfacht. Die Armee ist damit indirekt Nutzniesserin der Drogenökonomie. Daneben ist die Armee jedoch in Zusammenhang mit Drogenhandel in zahlreiche Skandale verwickelt und pflegt(e) insbesondere in gewissen Regionen eine enge Zusammenarbeit zu dem Konglomerat Paramilitärs-Drogenhändler.

Nutzniesser sind auch private Sicherheitsfirmen wie DynCorp oder MPRI.⁹ So ist DynCorp für die Besprühung der Kokafelder in Kolumbien zuständig. Internationale Söldner pilotieren die Sprühflugzeuge und Helikopter der kolumbianischen Armee gewähren ihnen Feuerchutz. Koordiniert werden diese Sprühflüge von der US-Militärbasis Manta in Ecuador aus. Die Zahl der insgesamt in Kolumbien operierenden internationalen Söldner wird auf über 1000 geschätzt.

Fazit: Die Drogengelder ermöglichen die Finanzierung des Krieges in Kolumbien!

➤ **Der Drogenkrieg führt zu massiven Menschenrechtsverletzungen**

Die Pestizidbesprühungen mit einem Glyphosat-Cocktail sind nichts anderes als eine chemische Kriegsführung gegen die schwächsten Glieder in der Drogenproduktionskette: die Kokabauern. Sie werden als Kriminelle betrachtet und als solche behandelt. Ein soziales Problem wird kriminalisiert und militarisiert. Durch die Besprühungen kam und kommt es zu massiven Vertreibungen. Offiziell waren im Plan Colombia allein im Departement Putumayo 40'000 Vertriebene „eingerechnet“. Heute – 7 Jahre nach Beginn des Plan Colombia und 13 Jahre seit der Aufnahme der Besprühungen – leben in Ecuador schätzungsweise 250'000 KolumbianerInnen, von denen rund 14'000 als politische Flüchtlinge anerkannt sind. Wie viele Bauernfamilien durch die Besprühungen zu Vertriebenen wurden, ist nicht erfasst. Sie gelten für den Staat auch nicht als Vertriebene, da sie aufgrund einer illegalen, kriminellen Tätigkeit ihre angestammte Region verlassen mussten. Die gesundheitlichen Folgen der Besprühungen auf Menschen, Tiere und Umwelt sind verheerend. Durch die Besprühungen werden das Recht auf Leben und Unversehrtheit, die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Zivilbevölkerung in ihrer Gesamtheit systematisch verletzt.

Die Zivilbevölkerung in Drogenanbaugebieten ist praktisch eine Geisel der jeweiligen bewaffneten Akteure, welche gerade das Sagen haben. Die Grundrechte der Bevölkerung werden von allen Akteuren – staatlichen wie illegalen – mit Füßen getreten. Die Bevölkerung ist schutz- und rechtlos der Willkür der Bewaffneten ausgeliefert. Wer nicht spurt, muss mit Ermordung, Verschleppung, Verschwindenlassen oder Vertreibung rechnen. Was wirklich in diesen Gebieten an Menschenrechtsverletzungen geschieht, wird praktisch nicht erfasst. Wie viele Menschen in diesen Gebieten auf grausamste Weise ermordet werden, ist schlichtweg unbekannt.¹⁰

Wertschöpfungsanteile zwischen Produzenten- und Konsumentenländern pro Kilo Kokain	
Anteil Süden (Kolumbien)	12 – 38'000 US\$
Anteil Norden	212'000 US\$
In Prozent:	
Anteil Süden	4,8% - 15,2%
Anteil Norden	95,2% - 84,8%
Der Hauptteil des Gewinnes bleibt im Norden!	

➤ **Drogengelder führen zur Erpressbarkeit**

⁹ Siehe auch den Monatsbericht Januar 2005, <http://www.askonline.ch/monatsberichte/1.html>

¹⁰ Einen Hinweis geben die vielen Bestattungen von N.N. – Leichen von nicht identifizierten Personen – durch die Kirche. Allerdings gehört es zur Modalität der Bewaffneten, wenn möglich die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen und die Ermordeten zu verscharren, die Leichen in Schluchten und Flüsse zu werfen.

Die Verquickung von Politik und Drogengeldern ist kein neues Phänomen in Kolumbien. So sass Drogenzar Pablo Escobar als Liberaler im Senat und Präsident Samper akzeptierte für seine Wahlkampagne Gelder das Cali-Kartells. Die Verbindungen des jetzigen Präsidenten Uribe zu Kreisen des Drogenhandels und der Paramilitärs waren mehrfach Anlass von Kongressdebatten. Die US-Behörden sind über diese Verstrickungen genau informiert. Ihr Wissen macht die Regierungen Kolumbiens erpressbar. Wer nicht nach der Pfeife des Imperiums tanzt, dessen unrühmliche Verbindungen werden ans Licht gezogen.¹¹ Die kolumbianischen Regierungen werden damit zur Marionetten der US-Politik: Solange sie nach deren Diktat und Wohlgefallen zappeln, werden sie gestützt. Sobald sie einen anderen Weg einschlagen wollen, werden sie fallen gelassen und an den Pranger gestellt.

Kolumbien zahlt als Land einen sehr hohen Preis für diese Erpressbarkeit. Es wird immer mehr zum „Flugzeugträger“ der USA in Südamerika und zu einer potentiellen Gefahr für die Nachbarländer. Der Konflikt in Kolumbien hat längst internationale Dimensionen angenommen und zieht vor allem Ecuador und Venezuela stark in Mitleidenschaft, in etwas geringerer Masse auch Brasilien, Peru und Panama.

Diese Erpressbarkeit macht die Durchsetzung der US-Interessen in Kolumbien möglich. Und dieses Interesse ist aufgrund der geostrategischen Lage und der Ressourcen Kolumbiens sehr gross.

Zusammenfassung und Fazit:

Aushöhlung des Rechtsstaates

Drogengelder haben in Kolumbien zu einer gewaltsamen, mafiösen und spekulativen Wirtschaft geführt. Aus einem Staat mit einer Mafia ist ein mafiöser Staat geworden. Die Unterwanderung von Politik, Wirtschaft, Justiz, Gesetzgebung durch das Konglomerat Drogenhandel-Grossgrundbesitzer-Lokalpolitiker-Multinationale Konzerne ist eine weitgehende Tatsache. Diese Allianz zwingt heute mit autoritären Mitteln ihr neoliberales Wirtschaftsmodell auf.

Politik als Rentenwirtschaft

Die Rolle der Politik und der politischen Klasse ist es, einerseits gegen aussen zu repräsentieren und sich an die formalen Gepflogenheiten der Politik zu halten, andererseits der kleinen und mächtigen Wirtschaftselite – dem oben erwähnten Konglomerat – möglichst günstige Bedingungen zu schaffen und zu garantieren. Für diese Aufgabe kassiert die politische Klasse ihre Rente und obendrein Korruptionszahlungen.

Durchdringung von illegaler und legaler Wirtschaft

Drogengelder zeichnen ein verzerrtes Bild der kolumbianischen Wirtschaft. Auch wenn der Anteil der Drogengelder am BIP „nur“ auf etwa 6% geschätzt wird, haben diese einschneidende Folgen. Die Aufwertung des Peso, der Höhenflug der Börse von Bogota, der Anstieg der Einfuhren – insbesondere von Luxusgütern – der Bauboom, der Aufkauf und Raub von Ländereien und die Investitionen in den Tourismus sind nur einige der sichtbaren Zeichen.

¹¹ So geschah es Präsident Samper (1994-98).

Warum erfolgt kein Umdenken?

Angesichts der verheerenden Auswirkung des illegalisierten Drogenhandels auf die Sicherheit von Staaten und Menschen, der Unterwanderung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft und der zerstörerischen Folgen auf die Umwelt drängt sich die Frage auf, warum kein Umdenken erfolgt. Nehmen wir noch die immensen Kosten für den Leerlauf der Drogenbekämpfung dazu – auch wenn noch so viel Drogen beschlagnahmt werden, hat dies höchstens eine Preissteigerung zur Folge – und die enormen sozialen Kosten (Polizei, Justiz) durch die sinnlose Strafverfolgung von DrogenkonsumentInnen und Kleindealern, dann wird die Frage noch dringlicher, warum kein Umdenken erfolgt.

Die Frage ist nicht einfach zu beantworten. Einerseits stehen sicher machtpolitische Interessen auf dem Spiel. So kann der Kampf gegen den Drogenhandel als Vorwand zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung von Interessen genutzt werden, so z.B. im Verhältnis der USA zu den lateinamerikanischen Staaten. Hier hat der Kampf gegen Drogen und Terrorismus weitgehend die Rolle des früheren, obsolet gewordenen Kampfes gegen den Kommunismus übernommen. Der Drogenkrieg ist hier ein Mittel der Kontrolle durch die USA und der Durchsetzung ihrer Interessen. Extern dient er der „Aufstandsbekämpfung“ und intern der Bevölkerungskontrolle.¹²

Andrerseits spricht die Auseinandersetzung mit Suchtmitteln und Sucht – vor allem wenn diese nicht in der eigenen Kultur verankert sind wie z.B. Alkohol- oder Tabakkonsum – tief liegende Emotionen an, die im Kampf gegen die Drogen auch stets von den Prohibitionsbefürwortern bewusst angesprochen und mobilisiert werden. Keine Gesellschaft wünscht sich ein Drogenproblem. Und je autoritärer eine Gesellschaft ist, umso autoritärer ist auch ihr Umgang mit nicht gesellschaftlich tolerierten Drogen. Mit der Verteufelung der Drogen und der Kriminalisierung der Drogenkonsumenten glaubt man die Gesellschaft vor negativen Einflüssen bewahren zu können. Dass das Gegenteil bewirkt wird, wird ausgeblendet.

Dann aber gibt es auch handfeste ökonomische Interessen. Man kann sagen, dass im Norden, wo rund 90% der Gewinne aus dem Drogenhandel und –konsum anfallen, diese Gelder der Wirtschaft eine wichtige Schubkraft verleihen. Es ist in diesem Geschäft eine Profitrate realisierbar, die in legalen wirtschaftlichen Beziehungen absolut unmöglich ist. Allein die Prohibition garantiert diese Profitrate. Damit wird ein Zwangssparpotential erreicht, das kein anderes Geschäft ermöglicht. Dieses Interesse kann selbstverständlich nicht eingestanden werden.

Wer nur ein klein wenig von Ökonomie versteht, weiss, dass über die Prohibition die Drogenproblematik ganz sicher nicht in den Griff zu bekommen ist. Im Gegenteil, die Prohibition ist das beste Mittel, um Drogenproduktion und –handel attraktiv zu machen. Bedeutende Ökonomen – u.a. auch Vertreter neoliberaler Tendenzen –, Schriftsteller wie Gabriel García Márquez und Denker wie Noam Chomsky haben genauso erfolglos wie wir von der *ask* auf die Sinnlosigkeit und die Gefahren der Prohibition aufmerksam gemacht. Noch scheint die Mafia eine bessere und ehrenwertere Lobby zu haben....

Eine Abkehr von der Prohibitions politik hin zu einer Politik der Schadensbegrenzung (*harm reduction*) ist nicht in Sicht. Und eine kontrollierte Legalisierung der gesamten Drogenhandelskette vom Anbau bis zum Konsumenten wie sie in den 90er Jahren von Drogenlegalisierungsbefürwortern in einer Initiative gefordert und von der *ask* unterstützt wurde, ist heute eine in weite Ferne gerückte Utopie – obwohl alle Fakten dafür sprechen, diesen Schritt international abgestimmt zu wagen.

¹² Die überwiegende Mehrheit der in den USA wegen Drogendelikten einsitzenden Gefangenen sind Schwarze und Farbige aus den untersten sozialen Schichten.

Die Rolle der Schweiz: Geldwäscherei und Drogengelder in der Schweiz

Einige Fakten zum Finanzplatz Schweiz

Rund 30% der weltweit grenzüberschreitenden Vermögen werden in der Schweiz verwaltet. 58% der in der Schweiz verwalteten Vermögen stammen aus dem Ausland.

Die Schweizer Banken verwalten Vermögen im Wert von 4000 Milliarden CHF, das entspricht 9x dem BIP der Schweiz! Die UBS ist weltweit der grösste Vermögensverwalter. Die Vermögensverwaltung macht die Hälfte der von Banken generierten Wertschöpfung aus. Dies waren im Jahr 2004 rund 22 Mia. CHF oder rund 5% des BIP. Insgesamt beträgt die Wertschöpfung der Banken jährlich rund 47 Mrd. CHF, was rund 11% des BIP der Schweiz entspricht.

Fälle von Geldwäscherei und Drogengelder in der Schweiz

Nebst den Potentatengeldern – u.a. von Abacha (Nigeria), Marcos (Philippinen) und Mobutu (Kongo) – und der Rechtshilfe im Fall Montesinos (Peru) stiessen vor allem zwei Fälle von Drogengeldern auf ein grösseres öffentliches Interesse.

Der eine betraf den Schweizer Botschafter in Luxemburg, Peter Friedrich, der für einen spanischen Drogenhändler Gelder in der Höhe von 2,4 Mio. CHF angenommen und teilweise über sein Konto „gewaschen“ hatte. Er kassierte dafür rund 134'000 CHF in seine eigene Tasche. Botschafter Friedrich wurde strafrechtlich verfolgt und zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der zweite Fall betraf die Kolumbianerin Sheila Arana Nasser. Sie verliebte sich 1994 in eine freistehende Villa an den Ufern des Genfersees und wollte diese sofort erstehen, d.h. bar bezahlen. Das ungewöhnliche Verhalten und ein Tipp aus den USA führten zur Festnahme der Dame. Im Rahmen der Ermittlungen tauchten 240 Mio. CHF auf einem Konto der Schweizerischen Bankgesellschaft SBG in Zürich auf. Die Gelder stammten nachweislich aus dem Drogenhandel. Sheila Nasser wurde 1996 an die USA ausgeliefert, das beschlagnahmte Geld in einem ersten Schritt zwischen den USA und der Schweiz je zur Hälfte aufgeteilt.

Forderung nach Zweckbindung konfiszierter Drogengelder

Die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien ask lancierte mit Unterstützung von Alliance Sud einen Vorstoss im Parlament, der eine Zweckbindung konfiszierter Drogengelder einführen sollte. Damit sollten diese Gelder je zur Hälfte den Opfern an den beiden Enden der Drogenproduktionskette zugute kommen. In den Anbauländern sollten zusammen mit NGO und den Kokapflanzern Substitutionsprojekte und in den Konsumentenländern Präventionsanstrengungen unterstützt werden. Eine Zweckbindung kennen die Kantone Genf, Waadt und Fribourg. Auf staatlicher Ebene hat Luxemburg eine ähnliche Zweckbindung. Der damalige Bundesrat Koller beauftragte eine Sharingkommission, die Verteilung der Gelder zu regeln. Statt einer Zweckbindung wurde im Jahr 2004 das Sharinggesetz verabschiedet, welches die Aufteilung konfiszierter Drogengelder zwischen dem Bund und den Kantonen regelt. Eine Zweckbindung wurde nicht eingeführt.

Das Geldwäschereigesetz von 1998

Die Fälle Friedrich und Nassar führten u.a. 1998 zur Verabschiedung eines Gesetzes über Geldwäscherei. Dieses dehnt die Sorgfaltspflicht auf alle berufsmässigen Finanzintermediäre des Nichtbankensektors (Vermögensverwalter, Kreditinstitute, Vertreter von Anlagefonds, etc.) aus. Zudem wurde eine Meldepflicht bei Verdacht auf Geldwäscherei eingeführt und verschiedene Überwachungsstellen geschaffen. Seit der Einführung des Gesetzes sind rund 500 Urteile wegen Geldwäscherei (meist Gelder aus dem Drogenhandel) gesprochen worden. Die bei der Meldestelle eingegangenen Verdachtsmeldungen stiegen von 125 Fällen im Jahr 1998 auf 820 Fälle im Jahr 2004 an. Von den insgesamt 3'500 seit 1998 gemeldeten Fällen standen nur 130 mit Drogenhandel und Drogengeldern in Zusammenhang. Bei den Verurteilungen ging es jedoch meist um Drogengelder. Dies erklärt sich daher, dass meist

bei Ermittlungen von Drogendelikten auch Geldwäscherei mit in die Ermittlungen aufgenommen wurde.

Die Schweiz erhält allgemein gute Noten bei der Bekämpfung von Geldwäscherei. Besonders gewürdigt werden die internationale Zusammenarbeit und die Strafverfolgung. Andererseits sind Mängel offensichtlich: So ist im Vergleich zu den in der Schweiz verwalteten Vermögen die Zahl der Verdachtsmeldungen sehr klein. Zudem sind Notare, Anwälte, Treuhänder, Immobilienhändler, Edelmetall- und Edelsteinhändler nicht in das Gesetz und die Sorgfaltspflicht eingebunden. Schmuggel, Insiderhandel, Marktmanipulation und Produktfälschung werden nicht als Vortaten der Geldwäscherei geahndet und es gibt keine Deklarationspflicht für grenzüberschreitenden Bargeldtransfer. Dass es hier um grosse Summen geht, zeigt das Beispiel des Hauptzollamtes Singen. Im Jahr 2004 hat es in der Region Bodensee rund 1,6 Milliarden Euro Schwarzgeld sichergestellt. Im Jahr 2003 waren es 2 Milliarden Euro, die in die Schweiz geschmuggelt werden sollten.¹³

Unbefriedigende Situation: Schmutzige Gelder bleiben schmutzige Gelder!

Die Situation in der Schweiz ist höchst unbefriedigend. Es gibt kein Register und keine Statistik über konfiszierte Gelder. Und es gibt auch keinerlei Angaben über die Verwendung dieser schmutzigen Gelder. Es herrscht eine völlige Intransparenz über beschlagnahmte und konfiszierte Gelder und Vermögen und deren Verwendung. Dies ist ein unhaltbarer Zustand und verletzt den Grundsatz, dass Gelder kriminellen Ursprungs primär den Opfern zugute kommen sollen. Auch in den Fällen von Geldwäscherei oder bei Drogengeldern können sehr wohl Opfer oder Opfergruppen ausgemacht werden.



„Senator, ich sah eine Ihrer Villen in einer Zeitschrift: Wie beeindruckend! Welch ein Luxus!“
„In einer Zeitschrift über Showbusiness?“
„Nein. In einer Ermittlung über illegale Bereicherung.“

¹³ Quelle: Aktion Finanzplatz Schweiz, Dezember 2005